

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVI/226

7. Juli 1971

Herbert Wehner zum 65. Geburtstag

Eine der markantesten Persönlichkeiten der
deutschen Politik

Von Willy Brandt
Bundeskanzler und Vorsitzender der SPD

Seite 1 und 2 / 55 Zeilen

"Dieses Gesetz hilft den Städten!"

Bundesrat vor verantwortungsvoller Entschei-
dung zum Städtebauförderungsgesetz

Von Peter Schulz
Erster Bürgermeister der Freien und Hanse-
stadt Hamburg

Seite 3 bis 5 / 106 Zeilen

Bonn-Paris: Offen und freundschaftlich

SPD-Fazit zum Bonner Treffen Brandt-Pompidou

Von Karl Wienand MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer der
SPD-Bundestagsfraktion

Seite 6 / 28 Zeilen

Ein Wort zum Tage

Substanzlose Redereien

Seite 7 / 25 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 9153
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37-38
Telefax: 880 948/896 847/
886 648 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 106-112, Telefon: 7 66 11

Herbert Wehner zum 65. Geburtstag

Eine der markentesten Persönlichkeiten der deutschen Politik

Von Willy Brandt

Bundeskanzler und Vorsitzender der SPD

Herbert Wehner, Fraktionsvorsitzender der Sozialdemokraten im Deutschen Bundestag und stellvertretender Parteivorsitzender, wird am kommenden Sonntag 65 Jahre alt. Er begibt seinen Geburtstag auf der Insel Öland im Kreise der Familie. Von einer "offiziellen Geburtstagsfeier" wollte er nichts wissen. Man lasse ihn ja ohnehin noch nicht aus der Arbeit heraus, er müsse ja weitermachen...

So ist es in der Tat: Seine Partei braucht ihn sehr, und sie braucht ihn noch lange. So auch die Bundesrepublik Deutschland. Und er ist ein Mann, der nicht nur von anderen viel erwartet, sondern vor allem selbst weit mehr als nur seine Pflicht tut.

Mancher wird aus Anlaß seines Geburtstages noch einmal an den schweren politischen Weg erinnert, den Herbert Wehner hinter sich gebracht hat, und an den Reichtum an Erfahrungen, der ihm zugeflossen ist. Mit Recht wird davon die Rede sein, daß er die Sozialdemokratische Partei Deutschlands entscheidend mitgeformt hat. Daß unser Staat ihm viel verdankt. Daß die Selbständigkeit seines Denkens und die Festigkeit seines Willens ihn zu einer der markentesten Persönlichkeiten der deutschen, ja der europäischen Politik gemacht haben. Er hat die politische Spannweite, die seine Partei braucht, um ihre großen Aufgaben zu erfüllen.

Ich will jetzt aber gerade auch von der besonderen Aufgabe sprechen, die Herbert Wehner nach den Bundestagswahlen 1969 zugefallen ist. Er war ein gewichtiges Mitglied der vorigen Bundesregierung, und es lag nahe, daß wir miteinander darüber sprachen,

welche Aufgabe er in der neuen Regierung übernehmen würde. Dieses Kabinett hätte durch seine unmittelbare Mitwirkung viel gewonnen. Doch ich mußte ihn bitten, sich stattdessen für die Führung der Fraktion im Deutschen Bundestag zur Verfügung zu stellen. Er hat dazu ohne Zögern ja gesagt, weil es notwendig war.

Herbert Wehner hat oft Schroffheit und Schärfe vermittelt und dadurch auf manchen Beifall verzichten müssen. Als Vorsitzender seiner Fraktion hat er solchen, die es noch nicht wußten, aber auch gezeigt, wie stark seine Fähigkeit zum Ausgleich ist und mit welchem Erfolg er integrierend zu wirken versteht. Die Fraktion ist solidarisch, weil sie mit ihm solidarisch ist. Der kämpferische und der verständnisvolle Wehner: das sind zwei Seiten derselben Persönlichkeit, die sich nicht nur Gegner schafft, sondern noch mehr Achtung und Vertrauen in unserem Volk erworben hat.

Herbert Wehner hat seine integrierende Kraft auch in der Koalition zur Geltung gebracht. Ich muß hier einmal darauf hinweisen, wieviel die Bundesregierung den Männern verdankt, die die Koalitionsfraktionen im Bundestag führen: Herbert Wehner und Wolfgang Mischnick. Sie haben mit ihren Fraktionen hervorragende sachliche Arbeit geleistet und bemerkenswerte Disziplin gezeigt. Ihnen ist es in erster Linie zu danken, daß die Regierung im Parlament nicht ein einziges Mal, auch nicht durch Zufallsmehrheiten, in Bedrängnis geraten ist. Die Mitglieder der Bundesregierung schulden ihnen und den Fraktionen die gleiche Disziplin und die gleiche Loyalität.

(-/wr/7.7.1971/bgy)

+ + +

"Dieses Gesetz hilft den Städten!"

Bundesrat vor verantwortungsvoller
Entscheidung zum Städtebauförderungsgesetz

Von Peter Schulz

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg

Im "Münchener Appell der deutschen Städte" heißt es zu Recht: "Kulturstand und Gesellschaftspolitik finden ihren Ausdruck im Zustand und im Bild der Städte." Wer diesen Satz akzeptiert und beherzigt, muß sich seit langem schon ernste Sorgen um die Entwicklung unserer Städte machen. Jeder, der sich mit Städtebau und Städteplanung befaßt, ob in einer Regierung, ob als Bauherr oder als Bürger einer Stadt, weiß, mit welchen Schwierigkeiten wir bei der Erfüllung unserer Aufgaben zu kämpfen haben, die Stadt von heute auch zur lebenswerten Heimstätte von morgen zu entwickeln, das Gute, Gewachsene zu bewahren und Neues sinnvoll hinzuzufügen.

Hamburger Bürgermeister haben in den letzten Jahren immer wieder darauf hingewiesen, daß nur eine gründliche Reform unserer Bodengesetzgebung die Städte und vor allem die Ballungsräume in die Lage versetzen werden, mit den Problemen der Sanierung und der Entwicklung in einer Weise fertig zu werden, die auch vor den kommenden Generationen standhalten kann. Dabei war immer klar, daß es sich hier um Lösungen im Rahmen unseres Grundgesetzes handeln müsse, im Rahmen also auch jenes Absatzes 2 des Artikels 14 unseres Grundgesetzes, der lautet: "Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen."

Nach drei gescheiterten Anläufen hat die Bundesregierung nun einen vierten Entwurf eines Städtebauförderungsgesetzes vorgelegt und dafür im Bundestag eine Mehrheit gefunden. Jedem, dem es um eine menschliche Gestaltung unserer Städte und damit um die Bewältigung eines entscheidend wichtigen gesellschaftlichen Problems geht, wird im Gesetzesentwurf, der nun dem Bundesrat vorliegt, einen ersten und wesentlichen Schritt sehen müssen, künftig städtebauliche Aufgaben besser anfassen und im Sinne der Gemeinschaft der Bürger erfolgreicher lösen zu können als bisher.

Durch den Gesetzesentwurf wird das bodenrechtliche Instrumentarium künftig trotz mancher Abstriche erheblich verbessert werden. Es wird der Planungsprozeß transparenter gestaltet, und es werden vor allem die finanziellen Voraussetzungen für die Durchführung wichtiger städtebaulicher Maßnahmen dadurch entscheidend verbessert, daß künftig Sanierungsgewinne zu öffentlichen Investitionen herangezogen werden, preissteigernde Ankäufe einer Genehmigungspflicht unterworfen, Enteignungs- und Entschädigungsverfahren voneinander getrennt und eine Reprivatisierung auch durch Immobilienfonds und andere Eigentumsformen ermöglicht werden.

Wer zugibt, daß die großen gesellschaftspolitischen Probleme sich in den Ballungsgebieten stellen und vor allem dort gelöst werden müssen, der wird auch eingestehen müssen, daß der Entwurf, der jetzt im Bundesrat zur Entscheidung ansteht, einen bedeutenden Fortschritt darstellt. Gerade wir in Hamburg wissen, wie wichtig es ist, die gesetzgeberischen Instrumente zu verbessern, um auf dem Weg der Sanierung die bauliche Struktur alter städtischer Bezirke den ständig wachsenden sozialen, hygienischen, wirtschaft-

lichen und kulturellen Erfordernissen der Bevölkerung anpassen zu können. Deshalb begrüßt Hamburg den Gesetzentwurf.

Wir unterstützen die Verpflichtung der Gemeinden, einen Sozialplan bei Sanierungen aufzustellen. Wir sind froh darüber, daß im vorliegenden Gesetzentwurf davon ausgegangen wird, städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen aus den Zielen der Raumordnung und Landesplanung herzuleiten. Damit ist endlich das bisher künstlich gewollte Spannungsverhältnis zwischen Stadt und Land aufgehoben; es ist nun sowohl die Aktivierung ländlicher Räume auf der Grundlage zentraler Orte als auch die Verdichtung im Zuge von Entwicklungsachsen auch vom Gesetz her gestützt, eine Tendenz, die wir in Hamburg und in unserem Umland schon seit langem verfolgen.

Wenn dieses Gesetz in seinem nun vierten Anlauf scheitern würde, wären zugleich alle Ansätze für eine umfassende Bodenrechtsreform verschüttet, die ja der logische nächste Schritt ist. Deshalb liegt im Bundesrat und bei der Opposition eine große Verantwortung. Kein Politiker, der sich der Probleme der großen Städte bewußt ist, kann es guten Gewissens verantworten, diesem Gesetz, nach dem die Gemeinden seit Jahren dringend verlangen, seine Zustimmung zu versagen. Erst dieses Gesetz wird eine Sanierung unserer Städte im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten der Städte und in einem zügigen Zeitablauf ermöglichen.

Daraus erwächst für die Regierungen der deutschen Länder bei der Beratung im Bundesrat eine besondere Verpflichtung. Der Bundesrat ist kein Instrument, um parteipolitische Konflikte dort auszutragen. Der Bundesrat hat die Aufgabe, bei der Bundesgesetzgebung in konstruktiver Weise mitzuwirken und das Fachwissen wie auch die Interessen der Menschen in den Bundesländern in sachgebundener Weise zur Geltung zu bringen. Es wäre mehr als bedauerlich, ja es wäre ein schwerer Schaden für die Re-

publik, wenn die von der CDU/CSU regierten Länder der Versuchung erliegen wollten, bei der Abstimmung über das Städtebauförderungsgesetz als verlängerter Arm der Bundestags-Opposition zu wirken.

Beim Abschluß der Beratungen im Bundestag erklärte die Opposition, sie könne dem Gesetzentwurf nur zustimmen, wenn sich die Veräußerungspflicht der Gemeinden nicht auf frühere Sanierungsbetroffene beschränke und wenn in den Entwicklungsbereichen die im Gesetz vorgesehene Grunderwerbspflicht der Gemeinden eingeschränkt werde. Dieser Haltung ist die Tatsache entgegenzustellen, daß mit den Stimmen der von der CDU/CSU regierten Länder der Bundesrat im ersten Durchgang gerade gefordert hat, die Veräußerungspflicht der Gemeinden auf die Personen zu beschränken, die von der Sanierung betroffen sind. Und die zweite Forderung der CDU/CSU, die Grunderwerbspflicht der Gemeinden einzuschränken, ist unverständlich, weil diese Bestimmung schon im ersten Entwurf des damaligen CDU-Wohnungsbauministers Paul Lücke enthalten war und im Bundesrat hiergegen weder bei früheren Entwürfen noch im ersten Durchgang dieses Gesetzes Einwendungen erhoben worden sind.

In der Bundesrats-Abstimmung zum Städtebauförderungsgesetz wird sich zeigen, wie ernst es den für die Entwicklung der großen Städte verantwortlichen Politikern mit ihrer so oft erhobenen Forderung ist, die Not der Städte zu bannen. Wir in Hamburg müssen erwarten, daß der Bundesrat sich zu einer zügigen und möglichst einmütigen Verabschiedung des Gesetzes durchringt. Dabei gehen wir davon aus, daß dieses Städtebauförderungsgesetz nur ein erster Schritt zur Verbesserung der Bedingungen für die Entwicklung der Städte ist. Eine Anpassung des bodenrechtlichen Teils des Bundesbaugesetzes muß folgen. Allen denen aber, die glauben, daß hier neue und gefährliche Tendenzen verfolgt würden, sei in Erinnerung gerufen, was schon in Artikel 155 Absatz 3 Satz 2 der Verfassung des Deutschen Reiches von 1919 gestanden hat:

"Die Wertsteigerung des Bodens, die ohne eine Arbeits- und Kapitalaufwendung auf das Grundstück entsteht, ist für die Gesamtheit nutzbar zu machen."
(-/wr/7.7.1971/bsy)

Bonn-Paris: Offen und freundschaftlich

SPD-Fazit zum Bonner Treffen Brandt-Pompidou

Von Karl Wienand MdB

Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

Der französische Staatspräsident Georges Pompidou und Bundeskanzler Willy Brandt haben ihre zweitägigen Konsultationen zu Recht als "außerordentlich positiv" bezeichnet. Gerade die Tatsache, daß man sich in einer Frage nicht einigte und dies offen zu erkennen gab, zeigt, wie ernst man die Übereinstimmung in den anderen Fragen, vor allem hinsichtlich der Ostpolitik und hinsichtlich der Berlin-Verhandlungen, nehmen muß. Beide Regierungen haben sich entschlossen gezeigt, Meinungsverschiedenheiten nicht zu verkleistern, sondern offen und freundschaftlich zu diskutieren. Sie entsprechen damit dem Geist und dem Sinn des deutsch-französischen Vertrages, wie er auch von seinen Begründern - de Gaulle und Adenauer - gemeint gewesen ist.

Die Vokabel der "nahtlosen Übereinstimmung" ist gewiß bewußt verwendet worden. Sie soll an das Treffen zwischen Bundeskanzler Willy Brandt und dem amerikanischen Präsidenten Richard Nixon erinnern. Hinzuzufügen wäre, daß die gleiche Übereinstimmung auch beim letzten Besuch des Bundeskanzlers in London im Gespräch mit Premierminister Heath erkennbar wurde.

Es dürfte wohl kein Zufall gewesen sein, daß der Oppositionsführer Dr. Rainer Barzel gerade am Tage des Beginns der deutsch-französischen Konsultationen in einer großen deutschen Tageszeitung ein umfängliches Interview veröffentlichen ließ, in dem er seine Vorbehalte gegenüber der Ost- und Berlin-Politik noch einmal zusammenfaßte. Umso härter muß ihm das Ergebnis der Konsultation treffen. Dr. Barzel muß doch endlich erkennen, daß er seine Partei immer mehr in die Isolierung führt. Die Politik der CDU/CSU würde heute bei unseren westlichen Freunden keinen Partner mehr finden.

(-/ee/7.7.1971/bgy)

- + +

Ein Wort zum Tage

Substanzlose Redereien

Mangel an politischer Substanz hat sich schon immer in großsprecherischen Redereien - oder in philisterhaften Geschwafel erschöpft. Der Generalsekretär seiner Partei, Dr. Bruno Heck CDU-MdB, und der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg bewegen sich immer wieder auf Gemeinplätzen rhetorischer Banalitäten, um ihren Rededrang loszuwerden. Dr. Heck sucht mit drohend erhobenen Zeigefinger in immer ermüdenderer Schimpfkritik die Bundesregierung zu schulmeistern, ohne selbst auch nur ein Minimum an wirklicher politischer Alternative anbieten zu können. Dr. Stoltenberg übt sich unter dessen als Philister und, selbstbescheiden wie er ist, beschwört er den Bürger, die Demokratie vor dem Untergang zu retten.

"Die freiheitliche Demokratie", orakelte er, "ist in der Nachkriegszeit niemals so in Frage gestellt wie heute in wichtigen Sektoren des gesellschaftlichen Lebens. An Stelle üblicher Verharmlosungen und Beschönigungen ist eine offene Bestandsaufnahme nötig, um die Gefahren klar zu erkennen und mit rechtsstaatlichen und politischen Mitteln zukunftsweisende Lösungen zu finden..."

Somit sind wir wohl alle aufgerufen, eine finstere Verschwörung der sozialliberalen Bundesregierung gegen die freiheitliche Demokratie zu bekämpfen. Aber Albernheiten als politisches System können nicht ernst genommen werden. Nicht einmal in diesen sommerheißen Ausfalltagen. (wr/wr/7.7.1971/bgy)